

21.11.2013

Beschlussempfehlung und Bericht

des Haushalts- und Finanzausschusses

zu dem Gesetzentwurf
der Landesregierung
- Drucksachen 16/3800 und 16/4300 (Ergänzung) -

2. Lesung

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2014 (Haushaltsgesetz 2014)

Einzelplan 03 – Ministerium für Inneres und Kommunales

Berichterstatter

Abgeordneter Daniel Sieveke

Beschlussempfehlung

Der Entwurf des Einzelplans 03 wird in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses angenommen.

Datum des Originals: 21.11.2013/Ausgegeben: 25.11.2013

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Bericht

A Beratungsergebnis der Fachausschüsse

Der Entwurf des Einzelplans 03 wurde vom

- Innenausschuss Vorlage 16/1376

beraten. Erläuterungen zum Entwurf des Einzelplans 03 lagen zu den Beratungen als Vorlage 16/1165 vor.

- a) Der Innenausschuss hat den Einzelplan 03 in seiner Sitzung am 7. November 2013 abschließend beraten und abgestimmt. Änderungsanträge wurden nicht gestellt. Der Einzelplan – Zuständigkeitsbereich des Ausschusses - wurde mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP bei Enthaltung der PIRATEN-Fraktion unverändert angenommen.
- b) Der geheimzuhaltende Wirtschaftsplan des Verfassungsschutzes wird inhaltlich durch das allein zuständige Parlamentarische Kontrollgremium beraten. Das Kontrollgremium hat seine Einwilligung in den Wirtschaftsplan vor der 3. Lesung des Haushaltsgesetzes 2014 in Aussicht gestellt.

B Beratungsergebnisse der Berichterstatter des Haushalts- und Finanzausschusses

Die Berichterstatter des Haushalts- und Finanzausschusses haben sich mit dem Entwurf des Einzelplans 03 befasst. Das Ergebnis der Beratungen ergibt sich aus der Vorlage 16/1262.

C Beratungen der Unterausschüsse

Im Unterausschuss „Personal“ erfolgte die Beratung zum Personaletat am 19. November 2013. Das Ergebnis ist in der Vorlage 16/1370 dargestellt. Des Weiteren sind die Beratungen des Haushalts- und Finanzausschusses im Bericht zum Entwurf des Haushaltsgesetzes 2014 – Drucksache 16/4400 – dargestellt. Änderungsanträge lagen im Unterausschuss „Personal“ nicht vor. Der Personaletat des Einzelplans 03 wurde im Unterausschuss „Personal“ mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und PIRATEN angenommen.

Im Unterausschuss „Landesbetriebe und Sondervermögen“ erfolgten die Beratungen zum Landesbetrieb Information und Technik NRW, Kapitel 03 610 am 13. November 2013. Das Ergebnis der Beratungen ist in Vorlage 16/1371 dargestellt. Änderungsanträge lagen dort nicht vor.

Das Ergebnis der Beratungen einzelplanübergreifender Anträge ist in dem Bericht zum Einzelplan 20 - Drucksache 16/4420 - dargestellt.

D Abschließende Beratung im Haushalts- und Finanzausschuss

Der Haushalts- und Finanzausschuss hat sich am 21. November 2013 abschließend mit dem Entwurf des Einzelplans 03 befasst. Es lagen sechs Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen, fünf Änderungsanträge der CDU-Fraktion sowie zwei Änderungsanträge der Fraktion der PIRATEN zur Abstimmung vor. Die Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen wurden mehrheitlich angenommen, die übrigen Fraktionsanträge mehrheitlich abgelehnt. Das Abstimmungsverhalten ergibt sich aus dem Anhang.

E Gesamtabstimmung

In der Gesamtabstimmung wurde der so veränderte Entwurf des Einzelplans 03 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP sowie der PIRATEN-Fraktion **angenommen**.

Christian Möbius
Vorsitzender

Anhang: 6 Änderungsanträge der Fraktionen von SPD und GRÜNEN
5 Änderungsanträge der CDU-Fraktion
2 Änderungsanträge der Fraktion der PIRATEN

Anlage: Veränderungsnachweis des Finanzministeriums

Anlage 1: Änderungen in den Haushaltsansätzen

**Änderungsantrag zum Einzelplan 3
zum Haushaltsgesetz 2014**

Sachhaushalt

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag	Abstimmungsergebnis
1	PIRATEN	<p>Kapitel 03 020 Titel 547 12 Titelbezeichnung Aufwendungen für Leistungen anderer IT-Dienstleister für ressortübergreifende E-Government-Infrastruktur</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>2014 von 1.400.000 Euro um 250.000 Euro auf 1.650.000 Euro</p> <p>Begründung: Das MIK wird beauftragt mit dieser Erhöhung des Etats eine Open-Source-Variante der Open Data-Plattform des Bundes GovData.de zur Verfügung zu stellen. Dabei sollte der Schwerpunkt darauf liegen jeder Kommune eine eigene Instanz auf der Landesplattform zur Verfügung zu stellen bzw. eine Installation auf einem Server der jeweiligen Kommune zu ermöglichen.</p> <p>Genauere Ausführungen entnehmen Sie bitte dem Antrag mit der Drucksache 16/XXXX.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU nein GRÜNE nein FDP nein PIRATEN ja</p>

**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 03
zum Haushaltsgesetz 2014
Sachhaushalt**

2	SPD GRÜNE	<p>Kapitel 03 020 Allgemeine Bewilligungen Titelgruppe 70 Landesbudget Schwerpunktbildung Informations- und Kommunikationstechnik in den Behörden und Einrichtungen des Landes</p> <p>Titel 545 70 (neu) Open Government</p> <p>Der Titel erhält folgende Erläuterung: <i>„Ausgaben für Open Government (Geschäftsstelle, Veranstaltungen, Evaluation und Weiterentwicklung, Portal Open.NRW, Anteilsfinanzierungen von lokalen oder regionalen Projekten.)“</i></p> <p style="text-align: center;">2014 Ansatz lt. HH 2013</p> <p style="text-align: center;">1.050.000 Euro --</p> <p><u>Begründung:</u> Der Ansatz dient folgenden Zwecken: - Einrichtung einer Geschäftsstelle, die die Realisierung der Open Government Strategie koordiniert und begleitet. Bei der Geschäftsstelle wird ein offenes Beratungsgremium zur Einbeziehung externer Akteurinnen und Akteure eingerichtet („Think Tank“). - Die Open Government Philosophie stellt eine nachhaltige Veränderung der Verwaltungskultur dar. Dieser Prozess muss durch Fortbildungs- und Diskussionsveranstaltungen begleitet werden. Darüber hinaus ist die stete Evaluation und Weiterentwicklung der Open Government Strategie erforderlich. Hierbei spielt die Einbeziehung der Verwaltungsbeschäftigten und der Zivilgesellschaft, wie sie beispielhaft beim „Zukunftsforum digitale Bürgerbeteiligung“ im Mai 2013 gelungen ist, eine wesentliche Rolle. - Das neu zu schaffende Portal „Open.NRW“ dient als zentraler Anlaufpunkt für die Realisierung der Open Government-Strategie des Landes. Das Portal stellt die Plattform zur Realisierung der Ziele von mehr Transparenz durch die Bereitstellung öffentlicher Daten (Open Data) sowie mehr Zusammenarbeit und Beteiligung dar. Gegenfinanzierung vgl. Änderungsanträge zu Kapitel 03 020 Titel 547 12 (350.000 Euro) und zu Kapitel 03 020 Titel 547 70 (700.000 Euro).</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD ja CDU nein GRÜNE ja FDP Enth. PIRATEN ja</p>
---	--------------	--	---

**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 03
zum Haushaltsgesetz 2014**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
3	SPD GRÜNE	<p>Kapitel 03 020 Allgemeine Bewilligungen Titel 547 12 Aufwendungen für Leistungen anderer IT-Dienstleister für ressortübergreifende E-Government-Infrastrukturen</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;"></td> <td style="text-align: center;">2014</td> <td style="text-align: center;">Ansatz laut HH 2013</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">1 400 000 Euro</td> <td style="text-align: right;">1 400 000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">350 000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">1 050 000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Durch die Beteiligung anderer Länder an der Weiterentwicklung des IT-Verfahrens „Online-Sicherheitsüberprüfung“ (OSiP) können für Nordrhein-Westfalen 700.000 Euro (hiervon jeweils 350.000 Euro für 2013 und 2014) eingespart werden. Der Antrag dient der Gegenfinanzierung des Antrags zu Kapitel 03 020 Titel 545 70 (neu) „Open Government“.</p>		2014	Ansatz laut HH 2013	von	1 400 000 Euro	1 400 000 Euro	um	350 000 Euro		auf	1 050 000 Euro		<p>einstimmig angenommen</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> </table>	SPD	ja	CDU	Enth.	GRÜNE	ja	FDP	Enth.	PIRATEN	Enth.
	2014	Ansatz laut HH 2013																							
von	1 400 000 Euro	1 400 000 Euro																							
um	350 000 Euro																								
auf	1 050 000 Euro																								
SPD	ja																								
CDU	Enth.																								
GRÜNE	ja																								
FDP	Enth.																								
PIRATEN	Enth.																								

**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 03
zum Haushaltsgesetz 2014**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
4	SPD GRÜNE	<p>Kapitel 03 020 Titelgruppe 70</p> <p>Titel 547 70</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;"></td> <td style="text-align: center;">2014</td> <td style="text-align: center;">Ansatz laut HH 2013</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">1 944 000 Euro</td> <td style="text-align: right;">1 944 000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">700 000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">1 244 000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Verlagerung der zur Entwicklung der Open Government Strategie notwendigen Mittel aus diesem Titel in den neuen Titel 545 70 „Open Government“ (Kapitel 03 020).</p>		2014	Ansatz laut HH 2013	von	1 944 000 Euro	1 944 000 Euro	um	700 000 Euro		auf	1 244 000 Euro		<p>angenommen</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> </table>	SPD	ja	CDU	nein	GRÜNE	ja	FDP	Enth.	PIRATEN	Enth.
	2014	Ansatz laut HH 2013																							
von	1 944 000 Euro	1 944 000 Euro																							
um	700 000 Euro																								
auf	1 244 000 Euro																								
SPD	ja																								
CDU	nein																								
GRÜNE	ja																								
FDP	Enth.																								
PIRATEN	Enth.																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 03
zum Haushaltsgesetz 2014**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
5	CDU	<p>Kapitel 03 020 Allgemeine Bewilligungen Titelgruppe 83 Projekt Prävention Jugendkriminalität</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;">2014</td> <td style="width: 40%;"></td> <td style="width: 30%; text-align: right;">2013</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">8.500.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">8.500.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">7.500.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">1.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Die CDU-Fraktion bekennt sich zu einer effektiven Präventionspolitik auf der Grundlage des Abschlussberichts der Enquetekommission „Prävention“ aus der 14. Wahlperiode, in dem u.a. die Errichtung einer Landespräventionsstelle empfohlen wurde. Dass diese Stelle jährlich mit 8,5 Millionen Euro aus Landesmitteln finanziert werden soll, ist dem Abschlussbericht nicht zu entnehmen. Die vorgeschlagene Reduzierung des Mittelansatzes ist daher folgerichtig und dient der Haushaltskonsolidierung.</p>	2014		2013	von	8.500.000 Euro	8.500.000 Euro	um	7.500.000 Euro		auf	1.000.000 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	nein	PIRATEN	nein
2014		2013																							
von	8.500.000 Euro	8.500.000 Euro																							
um	7.500.000 Euro																								
auf	1.000.000 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	ja																								
GRÜNE	nein																								
FDP	nein																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 3
zum Haushaltsgesetz 2014**

Personalhaushalt

Lfd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion	Antrag	Abstimmungsergebnis
7	PIRATEN	<p>Kapitel 03 030 Titel 684 20 Titelbezeichnung Soziale Beratung von Flüchtlingen</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>2014 von 2.600.000 Euro um 663.000 Euro auf 3.263.000 Euro</p> <p>Begründung: Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) hat die Zugangszahlen für die Monate Januar bis Oktober 2013 veröffentlicht: Bisher haben 100.937 Menschen Erst- und Folgeanträge gestellt. Gegenüber den Zahlen von 2012 ergibt sich zurzeit eine Erhöhung der Zugangszahlen um 64,1 %. Auch für das Jahr 2014 erwartet das BAMF weitersteigende oder zumindest auf dem Niveau 2013 stagnierende Zugangszahlen. Die durch den "Königsteiner Schlüssel" zu erfüllende Aufnahmequote liegt für NRW bei ca. 21 Prozent, was bedeutet, dass NRW zurzeit ca. 2.100 Personen monatlich aufnehmen und versorgen muss. Folglich steigt auch die Zahl der Personen, die die Beratungsstellen betreuen. Im Jahr 2012 stellte das Land NRW 129,5 Euro je Jahr und Flüchtling für die soziale Beratung von Flüchtlingen zur Verfügung. Aufgrund der steigenden Zugangszahlen ist somit eine Erhöhung des Ansatzes um 663.000 erforderlich, um die hochwertige Beratung von Flüchtlingen auf dem gleichen Niveau wie in den letzten Jahren zu gewährleisten.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU nein GRÜNE nein FDP nein PIRATEN ja</p>

**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 03
zum Haushaltsgesetz 2014**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
8	SPD GRÜNE	<p>Kapitel 03 030 Landesmaßnahmen für Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge</p> <p>Titel 684 20 Soziale Beratung von Flüchtlingen</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;"></td> <td style="width: 50%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2013</td> </tr> <tr> <td>von 2.600.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>um 400.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 3.000.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">2.600.000 Euro</td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Aufgrund der steigenden Flüchtlingszahlen ist eine Erhöhung des Ansatzes zur Sicherstellung einer angemessenen Beratung erforderlich. Deckung siehe Änderungsantrag zu Kapitel 03 030 Titel 536 00 „Rückführung“.</p>		Ansatz lt. HH 2013	von 2.600.000 Euro		um 400.000 Euro		auf 3.000.000 Euro	2.600.000 Euro	<p>angenommen</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">SPD</td> <td style="width: 50%;">ja</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>Enth.</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>ja</td> </tr> </table>	SPD	ja	CDU	nein	GRÜNE	ja	FDP	Enth.	PIRATEN	ja
	Ansatz lt. HH 2013																				
von 2.600.000 Euro																					
um 400.000 Euro																					
auf 3.000.000 Euro	2.600.000 Euro																				
SPD	ja																				
CDU	nein																				
GRÜNE	ja																				
FDP	Enth.																				
PIRATEN	ja																				

**Änderungsantrag zum Einzelplan 03
zum Haushaltsgesetz 2014**

Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
9	CDU	<p>Kapitel 03 110 Polizei Titelgruppe 62 Modellprojekt „Polizeiverwaltungsassistenz“</p> <p>Schaffung einer neuen Titelgruppe und Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">2014</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">2013</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">6.000.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">6.000.000 Euro</td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Um den Polizeivollzugsdienst von reiner Verwaltungstätigkeit zu entlasten, sollen in den nächsten fünf Jahren jeweils 200 zusätzliche Stellen für so genannte „Polizeiverwaltungsassistenten“ geschaffen werden. Dabei soll es sich um Angestellte im Polizeidienst handeln, die beispielsweise Hilfssachbearbeitertätigkeiten oder Zuarbeiten in den Führungsstellen übernehmen können. Dadurch kann der Polizeivollzugsdienst spürbar entlastet und Personal für den operativen Bereich zurückgewonnen werden. Ein Polizeiverwaltungsassistent soll im Durchschnitt 30.000 Euro verdienen.</p>	2014	2013	von	0 Euro	um	6.000.000 Euro	auf	6.000.000 Euro	<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">SPD</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	Enth.	PIRATEN	nein
2014	2013																				
von	0 Euro																				
um	6.000.000 Euro																				
auf	6.000.000 Euro																				
SPD	nein																				
CDU	ja																				
GRÜNE	nein																				
FDP	Enth.																				
PIRATEN	nein																				

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 03
zum Haushaltsgesetz 2014**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																				
11	SPD GRÜNE	<p>Kapitel 03 310 Fünf Bezirksregierungen Titel 686 20 Zuschüsse für die Arbeit in den Regionalräten</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;"></td> <td style="width: 50%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2013</td> </tr> <tr> <td style="text-align: right;">2014</td> <td></td> </tr> <tr> <td>von 1.199.600 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>um 180.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 1.379.600 Euro</td> <td style="text-align: right;">1.199.600 Euro</td> </tr> </table> <p>Begründung: Die geplante Änderung des § 18 der Verordnung zur Durchführung des Landesplanungsgesetzes (LPIG-DVO) sieht vor, dass künftig neben den Gruppierungen der Parteien und Wählergruppen des Regionalrates auch die Fraktionen der Verbandsversammlung des Regionalverbandes Ruhr zur Erfüllung ihrer regionalplanerische Aufgaben Geld- und Sachleistungen aus dem Landeshaushalt erhalten. Hierfür ist bislang keine Vorsorge getroffen.</p>		Ansatz lt. HH 2013	2014		von 1.199.600 Euro		um 180.000 Euro		auf 1.379.600 Euro	1.199.600 Euro	<p>einstimmig angenommen</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">SPD</td> <td style="width: 50%;">ja</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>Enth.</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>Enth.</td> </tr> </table>	SPD	ja	CDU	Enth.	GRÜNE	ja	FDP	Enth.	PIRATEN	Enth.
	Ansatz lt. HH 2013																						
2014																							
von 1.199.600 Euro																							
um 180.000 Euro																							
auf 1.379.600 Euro	1.199.600 Euro																						
SPD	ja																						
CDU	Enth.																						
GRÜNE	ja																						
FDP	Enth.																						
PIRATEN	Enth.																						

**Änderungsantrag zum Einzelplan 03
zum Haushaltsgesetz 2014**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																										
12	CDU	<p>Kapitel 03 310 Fünf Bezirksregierungen Titelgruppe 71 Umweltverwaltung</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 15%;">2014</td> <td style="width: 45%;"></td> <td style="width: 15%; text-align: right;">2013</td> <td style="width: 25%;"></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td>110.000.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">110.000.000</td> <td>Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>13.750.000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>96.250.000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Die Landesregierung plant in 2014 mit Einnahmen aus dem WasEG von 110 Mio. Euro. Das WasEG wird nach Auskunft der Landesregierung zur Finanzierung der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie erhoben. 2011 wurden lediglich 38 Mio. Euro, 2012 42 Mio. Euro für die Umsetzung ausgegeben. Für 2014 plant das Umweltministerium zwar mit 80 Mio. Euro. Dennoch liegt auch dieser Betrag deutlich unter den Einnahmen aus dem WasEG. Das WasEG wird folglich zumindest in der aktuellen Höhe nicht benötigt.</p> <p>Bei einer Anhörung zum WasEG am 20.02.2013 kritisierten VIK, VRB, Bund der Steuerzahler, Grundbesitzerverband und vero hohen bürokratischen Aufwand und Wettbewerbsverzerrungen durch das WasEG.</p>	2014		2013		von	110.000.000 Euro	110.000.000	Euro	um	13.750.000 Euro			auf	96.250.000 Euro			<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="width: 40%;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>Enth.</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	Enth.	PIRATEN	nein
2014		2013																											
von	110.000.000 Euro	110.000.000	Euro																										
um	13.750.000 Euro																												
auf	96.250.000 Euro																												
SPD	nein																												
CDU	ja																												
GRÜNE	nein																												
FDP	Enth.																												
PIRATEN	nein																												

		<p>Industrievertreter wiesen zudem daraufhin, dass viele in NRW geförderte Rohstoffe notwendiger Bestandteil industrieller Produktion (Glas, Gießereiprodukte wie Windräder) sind und das Wasserentnahmeentgelt somit nicht bloß die Rohstoffindustrie, sondern weite Industrieteile belastet. Der BdeW sorgt sich ferner, dass die EU ordnungspolitische Maßnahmen aufgrund hoher Wasserpreise gegen Deutschland verhängt. Dass Wasserentnahmeentgelt würde hierzu verschärfend beitragen.</p> <p>Die damalige CDU-geführte Landesregierung hatte bereits die schrittweise Abschaffung des WasEG von 2010 bis 2018 beschlossen. Die rot-grüne Landesregierung hat den Beschluss gekippt und sogar eine Ausweitung des WasEG beschlossen.</p> <p>Daher soll nun das WasEG schrittweise bis 2021 abgeschafft werden.</p>	
--	--	---	--

**Änderungsantrag zum Einzelplan 03
zum Haushaltsgesetz 2014**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																										
13	CDU	<p>Kapitel 03 310 Fünf Bezirksregierungen Titelgruppe 74 Arbeitsschutz</p> <p>Neuorganisation der Aufgaben des Arbeitsschutzes</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 15%;">2014</td> <td style="width: 40%;"></td> <td style="width: 15%; text-align: right;">2013</td> <td style="width: 30%;"></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td>27.656.500 Euro</td> <td style="text-align: right;">27.530.300</td> <td>Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>9.300.000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>18.356.500 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Die Aufgaben des Arbeitsschutzes sollen in 2014 neu organisiert werden. Zuständig sind bislang sowohl der staatliche Arbeitsschutz (Bezirksregierungen) wie auch die gesetzliche Unfallversicherung (Berufsgenossenschaften). In diesem bestehenden dualen System des Arbeitsschutzes existieren somit zwei Aufgabenträger, die jeweils eigene, voneinander zu unterscheidende Aufgaben in Betrieben wahrnehmen. Ineffizienzen und Kostensteigerungen sind die Folge der bestehenden Doppelstruktur.</p> <p>Viele Aufgabenfelder überschneiden sich. Synergieeffekte aus Doppelarbeit sollen besser genutzt werden. Insbesondere für die Unternehmen führt dies zu einem Bürokratieabbau.</p>	2014		2013		von	27.656.500 Euro	27.530.300	Euro	um	9.300.000 Euro			auf	18.356.500 Euro			<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="width: 40%;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>Enth.</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	Enth.	PIRATEN	nein
2014		2013																											
von	27.656.500 Euro	27.530.300	Euro																										
um	9.300.000 Euro																												
auf	18.356.500 Euro																												
SPD	nein																												
CDU	ja																												
GRÜNE	nein																												
FDP	Enth.																												
PIRATEN	nein																												

Änderungen im Entwurf des Haushaltsplans 2014

Einzelplan 03: Ministerium für Inneres und Kommunales

Anlage: Änderungen bei den Haushaltsansätzen

Einzelplan 03: Ministerium für Inneres und Kommunales
Anlage: Änderungen bei den Haushaltsansätzen

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf (Stand: Ergänzung) EUR	mehr/ weniger EUR	neuer Ansatz EUR
03 020	Allgemeine Bewilligungen			
547 12	Aufwendungen für Leistungen anderer IT-Dienstleister für ressortübergreifende E-Government-Infrastrukturen	1.400.000	-350.000	1.050.000
TG 70	Landesbudget Schwerpunktbildung Informations- und Kommunikationstechnik in den Behörden und Einrichtungen des Landes			
545 70 (neu)	Open Government Zusätzlicher neuer Erläuterungstext: <u>Ausgaben für Open Government (Geschäftsstelle, Veranstaltungen, Evaluation und Weiterentwicklung, Portal Open.NRW, Anteilsfinanzierungen von lokalen oder regionalen Projekten.)</u>	0	1.050.000	1.050.000
547 70	Innerhalb von Titelgruppen nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	1.944.000	-700.000	1.244.000
03 030	Landesmaßnahmen für Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge			
536 00	Rückführung	4.400.000	-200.000	4.200.000
684 20	Soziale Beratung von Flüchtlingen	2.600.000	400.000	3.000.000
03 310	Fünf Bezirksregierungen			
686 20	Zuschüsse für die Arbeit in den Regionalräten	1.199.600	180.000	1.379.600
	<u>Abschluss Einzelplan 03:</u>			
	Einnahmen:	310.403.800	0	310.403.800
	Ausgaben:	5.051.055.100	380.000	5.051.435.100
	Verpflichtungsermächtigungen:	371.970.500	0	371.970.500

		<p>Damit beispielsweise die Berufsgenossenschaften stärker im Arbeits- und Gesundheitsschutzes tätig sein können, sind zunächst die rechtlichen Voraussetzungen zu schaffen und entsprechende vertragliche Vereinbarungen zu schließen. Dabei sind haushaltrechtlich sowohl die Einnahmeansätze aus auch die Ausgabeansätze in Einzelplan 03 und 11 zu berücksichtigen. Die Mittelreduzierung seitens der Landesregierung ist um 4 Mio. Euro, die bei einer Aufgabenneuverteilung des Arbeitsschutzes in diesem Titel frei werden, zu erhöhen.</p>	
--	--	--	--